

Fraktionsvorlage

Vorlage-Nr.: **1553-2007/DaDi** vom 13.11.2007

Aktenzeichen: 419-008

Fachbereich: Fraktion von Die Linke-DKP
Herr Busch-Hübenbecker, Walter

Beteiligungen:

Kostenstelle: **203001 Kreistagsbüro/Büro Landrat**

Beschlusslauf:	<i>Nr.</i>	<i>Gremium</i>	<i>Status</i>	<i>Zuständigkeit</i>
	1.	Ausschuss für Gleichstellung, Generationen und Soziales	Ö	Zur vorbereitenden Beschlussfassung
	2.	Kreistag	Ö	Zur abschließenden Beschlussfassung

Betreff: **Einrichtung eines Sozialtarifes für Strom
Antrag der Fraktion von Die Linke-DKP**

Beschlussvorschlag:

Der Kreisausschuss wird beauftragt mit HSE und anderen – im Landkreis tätigen Energielieferanten – Verhandlungen mit dem Ziel zu führen, einen Sozialtarif für Menschen mit geringem Einkommen – besonders Bezieher von ALG II bzw. Sozialgeld und Niedrigrentner - einzuführen. Ziel der Verhandlungen sollte sein einen Preisnachlass von 20 Prozent auf die jährlichen Stromkosten für alle Bürger und Bürgerinnen mit einem Haushaltseinkommen unterhalb der Armutsgrenze von derzeit 938 € zu gewähren.

Begründung:

Die LINKE/DKP unterstützt die Forderung des mitgliedstarken Verband VDK nach Einführung eines Sozialtarifes für Strom. Den Bürgern mit einem Haushaltseinkommen unterhalb o.g. Armutsgrenze soll ein jährlicher Preisnachlass von 20Prozent auf die jährliche Stromrechnung gewährt werden. Nicht nur ALG II Bezieher –auch zunehmend Rentner –können die Stromrechnungen kaum noch bezahlen.

Für einen 1 Personenhaushalt im ALG II Bereich stehen nur 21,75 € zur Deckung des Stromverbrauches zur Verfügung. Vor diesem Hintergrund können die andauernden Stromerhöhungen nicht mehr aus dem Regelsatz bezahlt werden. Die anfallenden Nachzahlungen erhöhen dabei die laufenden Kredite bei der KfB.

Wir verweisen als positives Beispiel auf den Sozialtarif der Telekom, der sogar eine 42 prozentige Ermäßigung beinhaltet und auf das Energieversorgungsunternehmen E.ON Bayern, welches in einem einjährigen Modellprojekt 10 000 Kunden mit geringem Einkommen eine ermäßigten Stromtarif anbietet. Bei EON Bayern ist das Angebot gleichzeitig mit einer Stromsparberatung gekoppelt, was den „Reiz“ dieses Antrages erhöht und uns den Vorwurf des „Populismus“ (von CDU formuliert) bei Stellung solcher Anträge hoffentlich widerlegt.

Wir bitten um Zustimmung unseres Antrages.